

Kritik an EU-Plänen zur Neuabgrenzung

Benachteiligte Gebiete würden aus Förderung herausfallen – Bauerntag in Pottenstein

POTTENSTEIN
Von Thomas Weichert

„Ohne EU-Direktzahlungen kommen unsere Betriebe nicht über die Runden“, betonte BBV-Kreisobmann Karl Lappe beim Pottensteiner Bauerntag in einem diesmal voll besetzten Saal des Braugasthofes Mager. Er forderte gleichzeitig, dass für EU-Ausgleichszahlungen an die Landwirte mit Blick auf die nächste Förderperiode ganz Oberfranken benachteiligtes Gebiet bleiben müsse.

„Die Leistungen für die oberfränkischen Bauern aus dem EU-Haushalt stehen für mich nicht zur Diskussion“, betonte dazu der Referent des Abends, Bundesfinanzstaatssekretär Hartmut Koschyk, dessen Vortrag unter dem Motto „Agrarpolitische und steuerliche Möglichkeiten für die Landwirtschaft in benachteiligten Gebieten“ stand.

Ausgleichszahlungen für die oberfränkischen Bauern brauche man laut Koschyk vor allem auch weiterhin für den Umwelt-, Tier- und Verbraucherschutz. Der ländliche Raum stehe aber auch wegen der demografischen Veränderungen, der Globalisierung und aufgrund des Klimawandels vor großen Herausforderungen, so Koschyk. Zur Abfederung der finanziellen Fol-

gen des Strukturwandels stelle der Bund heuer im Rahmen der Agrarsozialpolitik finanzielle Hilfen von rund 3,7 Milliarden Euro bereit. Dies sind laut Koschyk 70 Prozent des gesamten bundesdeutschen Agrarhaushalts.

Zu Jahresbeginn wurde daher auch die landwirtschaftliche Sozialversicherung grundlegend modernisiert. Zum 1. Januar 2013 wurden die bisherigen 36 Träger der landwirtschaftlichen Sozialversicherung und ihr Spitzenverband zu der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau zusammengeschlossen. Für die Landwirte und ihre Familien bedeute diese Neuorganisation mehr Beitragsgerechtigkeit, bessere Betreuung durch soziale Absicherung aus einer Hand und eine Stärkung der innerlandwirtschaftlichen Solidarität, so Koschyk. Zudem stelle der Bund in den Jahren 2012 bis 2014 zusätzliche Bundesmittel von insgesamt 150 Millionen Euro für die landwirtschaftliche Unfallversicherung zur Verfügung.

Zusammen mit den Mitteln der Länder stehen heuer für die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes zusammen insgesamt rund eine Milliarde Euro zur Verfügung. Hinzu kommen ELER-Mittel in Höhe von fast 1,2 Milliarden Euro sowie weitere Mittel

der Länder und Gemeinden. Im Jahr 2011 erhielten im Freistaat Bayern knapp 70 000 Betriebe, davon rund 25 000 in Franken, rund 110 Millionen Euro Ausgleichszulage. In Deutschland gelten über 50 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzflächen als benachteiligt.

Hierzu forderte der Pottensteiner Bürgermeister Stefan Frühbeißer eine weitere Differenzierung, da die Landwirtschaft gerade in der Fränkischen Schweiz aufgrund ihrer Kleinstrukturierung besonders benachteiligt sei. In der EU gibt es allerdings Kommissionspläne zur Neuabgrenzung der benachteiligten Gebiete mittels sogenannter biophysikalischer Kriterien. Würden diese Pläne umgesetzt, so würden in Deutschland circa 2,8 Millionen Hektar aus der Förderung für benachteiligte Gebiete herausfallen. Ein Drittel der gesamten landwirtschaftlichen Flächen wäre plötzlich als Gunststandorte einzustufen.

Die meisten Mitgliedstaaten wollen laut Koschyk diesem Modell der Kommission leider zustimmen. „Unser Ziel bleibt, die bisherige Gebietskulisse beibehalten zu können. In den bisherigen Beratungen wurden schon einige Verbesserungen erzielt, diese reichen aber noch nicht aus“, so Koschyk. Das in Deutschland zur Verteilung bereitste-

hende Direktzahlungsvolumen der EU an die Landwirte sinke jedoch durch die Umverteilung zugunsten neuer Mitgliedstaaten um etwa vier Prozent. Die Direktzahlungen für extensiv wirtschaftende Grünlandbetriebe werden steigen.

Auch der Vorschlag der EU-Kommission, mindestens sieben Prozent der Acker- und Dauerkulturfurflächen aus der produktiven landwirtschaftlichen Nutzung herauszunehmen, gehe zu weit, so Koschyk.

Denn dann wären in ganz Deutschland rund 800 000 Hektar Ackerfläche stillzulegen, was fast zwei Fünfteln der Ackerfläche Bayerns entspräche. „Damit würden wir in Deutschland beispielsweise auf die Produktion von mindestens fünf Millionen Tonnen Getreide verzichten. Das ist etwa die Hälfte des Getreideexports“, so Koschyk, der betonte, dass das EU-Parlament immer mehr an Mitsprache gewinne.

Zur europäischen Finanzkrise, meinte Koschyk: „Für Europa würde ich sagen, wir haben das Schlimmste hinter uns, sind aber noch nicht über dem Berg.“

Vizelandrat Manfred Thümmeler betonte, dass man mit dem Wirtschaftsband A9-Fränkische Schweiz eine gute Antwort auf die ländliche Entwicklung in der Region gefunden habe.